



EUROPAPLAN

DER CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

2014 – 2019



EUROPAPLAN BAYERN

- 
1. **Für ein Europa der Freiheit**
 2. **Für ein Europa der Bürger**
 3. **Für ein Europa der Regionen**
 4. **Für ein Europa der Stärke**
 5. **Für ein Europa der Stabilität**
 6. **Für ein Europa der Vielfalt und der Werte**

**Das Programm der CSU
zur Europawahl 2014**

**Beschluss des Parteivorstands
vom 25. April 2014**

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,



Bayern ist das Land im Herzen Europas. Auf Bayern schauen die Menschen mit ganz besonderer Achtsamkeit: auf eine der ältesten Kulturnationen Europas mit 1.500-jähriger Geschichte; auf die attraktivste Wirtschaftsregion unseres Kontinents; auf ein Vorbild an Stabilität für die Überwindung der Schuldenkrise, das als erstes Land in Europa schuldenfrei sein wird. Der Erfolgsweg von Bayern ist auch Motor und Antreiber für das moderne Europa.

Wir brauchen Europa. Wirtschaftliche Stärke, sichere Arbeitsplätze und Einfluss in der Staatengemeinschaft gehen nur mit Europa. Das Exportland Bayern ist in besonderer Weise auf Europa als Wirtschaftsraum angewiesen. Unseren Wohlstand und unsere Zukunftschancen sichern wir nur mit Europa. Für die Stabilität der Währung, für die Sicherung von Frieden und Freiheit auf unserem Kontinent, für hochwertige Arbeitsplätze und technologische Zukunftsprojekte – für all das brauchen wir Europa. Deswegen sagen wir Ja zu Europa.

Aber wir brauchen ein besseres Europa. Ein Europa, das sich nicht in alle Bereiche unseres Alltags einmischt. Ein Europa, das weniger zentralistisch und weniger bürokratisch ist. Ein Europa, das selbstbewusste und traditionsreiche Länder wie Bayern respektiert. Weil wir die Trinkwasserversorgung selbst organisieren, weil wir Gentechnik in unserer Landwirtschaft verbieten,

weil wir unsere Sozialsysteme vor Missbrauch schützen wollen – deshalb soll nicht alles in Brüssel, sondern mehr bei uns entschieden werden.

Ein starkes Bayern tut Europa gut. Dass es keine Eurobonds und keine Schuldenvergemeinschaft gibt; dass stattdessen der Stabilitätspakt verschärft wurde; dass das bayerische Wasser nicht privatisiert wird – das sind Beispiele für den starken und erfolgreichen Einsatz Bayerns in Europa.

Die CSU kämpft für ein starkes Bayern in Europa. Nur die CSU tritt zur Europawahl mit ausschließlich bayerischen Kandidaten an. Nur die CSU kann dafür sorgen, dass jeder Bezirk in Bayern mit einem eigenen Abgeordneten im Europaparlament vertreten ist. Sie können mit Ihrer Stimme bei der Europawahl mithelfen, dass Bayern eine starke Stimme in Europa hat. Gemeinsam können wir Bayern stärken und Europa verbessern.

**Dafür bitte ich Sie bei der Europawahl
am 25. Mai um Ihre Unterstützung.**

**Ihr
Horst Seehofer**
Bayerischer Ministerpräsident



1.

FÜR EIN EUROPA DER FREIHEIT

Die Europäische Einigung ist das größte Friedenswerk für unseren Kontinent.

Heute im Jahr 2014, ein Jahrhundert nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs, 75 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkriegs, und 25 Jahre nach dem Fall der Mauer und des Eisernen Vorhangs, steht die Bedeutung eines geeinten Europas mit aller Eindringlichkeit vor Augen. Wir Bayern haben als früheres Grenzland das geteilte Europa aus eigener Anschauung leidvoll erfahren. Schon deswegen sagen wir mit voller Überzeugung Ja zu Europa.

Europa muss seine historische Mission für Frieden und Freiheit auf unserem Kontinent erfüllen.

Die Werte und Zielsetzungen, von denen sich die Gründungsväter der europäischen Einigung von Konrad Adenauer über Robert Schuman bis Franz Josef Strauß haben leiten lassen, sind unverändert aktuell. Sie müssen sich auch bei den heutigen Herausforderungen bewähren. Der freie Zusammenschluss der europäischen Staaten und Regionen muss auch künftig die Grundlage für Frieden, Freiheit und Wohlstand bei uns sein.

Wir wollen ein Europa der Partnerschaft und der Freundschaft.

Bayern hat ein neues Kapitel der Versöhnung zu unserem Nachbarn Tschechien aufgeschlagen. Zum ersten Mal nach dem Krieg war ein Bayerischer Ministerpräsident auf Staatsbesuch in Prag. Bayern wird in Prag eine eigene Landesvertretung eröffnen. In der Völkerverständigung und guten Nachbarschaft wird die Europäische Einigung lebendig.

Europa muss Freiheit bedeuten.

Wir können in einem Europa ohne Schlagbäume an seinen Binnengrenzen leben. Europa muss den Geist der Freiheit weit über den wirtschaftlichen Austausch hinaus zur Geltung bringen. Wir wollen keine Verbote-Union, sondern eine Freiheits-Union.

Wir wollen ein Europa, das sich auf die großen europäischen Aufgaben konzentriert.

Partnerschaft und Freundschaft mit unseren Nachbarn, die Wahrung unserer Interessen in der Welt, die Sicherung der Rohstoff- und Energieversorgung – diese wichtigen Aufgaben müssen für Europa im Mittelpunkt stehen. Wir brauchen mehr Europa im Großen und weniger Europa im Kleinen.

Die Europäische Union soll in der kommenden Legislaturperiode keine neuen Mitgliedstaaten aufnehmen.

Es kann für die EU kein unbegrenztes Wachstum geben. Die Europäische Union ist mit heute 28 Mitgliedstaaten an der Grenze ihrer Aufnahmefähigkeit angelangt. Auf absehbare Zeit kann die EU keine neuen Mitglieder aufnehmen, deshalb muss es einen Beitrittsstopp geben.

Wir sind gegen die Vollmitgliedschaft der Türkei.

Die Türkei ist ein wichtiger Partner Europas und ein guter Freund in der NATO. Eine Mitgliedschaft in der EU würde aber die Türkei genauso überfordern wie Europa. Deshalb bieten wir der Türkei eine privilegierte Partnerschaft an. Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sollten dagegen mangels Perspektive beendet werden, das gebietet schon der faire Umgang mit der Türkei.

Die Ukraine-Krise macht deutlich, wie unverzichtbar die Friedensfunktion Europas auch heute ist.

Wir wollen, dass die Ukraine sich demokratisch und wirtschaftlich festigt als wichtiger Nachbar und Partner der EU. Die Ukraine hat eine wichtige Brückenfunktion auch zu Russland. Wir begrüßen die besonnene Vorgehensweise der Bundesregierung in der Ukraine-Krise.

Europa braucht eine leistungsfähige Außen- und Sicherheitspolitik.

Nur mit einer starken Stimme kann die EU dem Frieden in Europa und der Welt dienen. Dazu gehört auch eine bessere gemeinsame Nutzung militärischer Fähigkeiten und eine sinnvolle Abstimmung im Rahmen der NATO.

Wir wollen ein Europa der Freiheit und der Sicherheit.

Nur in einer sicheren Gesellschaft kann ein Leben in Freiheit stattfinden. Schutz und Sicherheit in einer vernetzten Welt sind eine zentrale Herausforderung für die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten.

Europa muss humanitäre Katastrophen an seinen Außengrenzen verhindern.

Flüchtlingsdramen wie vor der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa dürfen sich nicht wiederholen. Die Herkunftsländer müssen dazu gebracht werden, die soziale Situation ihrer Bevölkerung zu verbessern und die Ursachen für Flüchtlingsbewegungen zu beseitigen. Kriminellen Schleuserbanden muss das Handwerk gelegt werden.

Wir wollen die Arbeitnehmer-Freizügigkeit in Europa, aber offensichtlicher Missbrauch unserer Sozialsysteme muss abgestellt werden.

Freizügigkeit kann nicht freie Wahl der günstigsten Sozialsysteme bedeuten. Der Missbrauch der Freizügigkeit muss klare Konsequenzen haben. Wer ungerechtfertigt Sozialleistungen abrufen soll Deutschland verlassen und darf nicht wieder einreisen. Nicht erwerbstätige, arbeitssuchende EU-Ausländer sollen in den ersten drei Monaten keine Sozialleistungen in Deutschland beziehen dürfen. Das muss EU-rechtlich eindeutig abgesichert werden.

Der Armutsmigration in Europa muss Einhalt geboten werden.

Europa ist eine der wohlhabendsten Gegenden der Welt, gleichwohl gibt es zu einigen Ländern ein starkes Wohlstandsgefälle. Diese Länder sind in der Pflicht, die Lebensbedingungen für ihre Bevölkerung zu verbessern. Sie müssen die dafür bereitgestellten EU-Gelder vollständig abrufen und zielgerichtet einsetzen.

Das Asylrecht muss für die wirklich Verfolgten da sein.

In ganz Europa steigen die Asylantragszahlen stark an, allein in Deutschland haben sie sich im letzten Jahr nahezu verdoppelt. Die allermeisten Asylanträge werden als unbegründet abgelehnt. Wir wollen, dass die Asylverfahren beschleunigt und abgelehnte Asylbewerber schneller in die Herkunftsländer zurückgebracht werden. Länder mit minimalen Anerkennungsquoten sollen als sichere Herkunftsländer bestimmt und notfalls mit einer Visumpflicht belegt werden. Wir lehnen einen europäischen Verteilungsschlüssel für Asylbewerber ab. Wer in Deutschland Asyl bekommt, darüber entscheiden keine EU-Beamte, sondern deutsche Behörden.

2.

FÜR EIN EUROPA DER BÜRGER

Europa muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

Die Europäische Einigung war bisher ein Projekt der politischen Eliten und der Führungsebenen. Das genügt nicht mehr. Europa muss jetzt ein Projekt der Bevölkerung werden. Das Europa der Zukunft muss ein Europa der Bürgerinnen und Bürger sein.

Wir brauchen ein besseres Europa statt immer mehr Europa.

Der Fortschritt für Europa kann nicht quantitativ, sondern es muss ein qualitativer Fortschritt sein. Europa braucht keine weiteren Zuständigkeiten oder neue Erweiterungsrunden. Sondern Europa braucht mehr Transparenz, mehr Bürgernähe und mehr Demokratie.

Wir wollen Volksabstimmungen in Deutschland über wichtige europäische Entscheidungen.

Zu europäischen Fragen von besonderer Tragweite soll die Bevölkerung direkt gefragt werden. Das gilt insbesondere für die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten, wenn wichtige Kompetenzen nach Brüssel abwandern sollen oder wenn es um finanzielle Leistungen Deutschlands auf EU-Ebene geht.

Wir wollen, dass das Legitimationsdefizit des Europäischen Parlaments beseitigt wird.

Ein Europaabgeordneter aus Deutschland vertritt 800.000 Bürgerinnen und Bürger, ein Europaabgeordneter aus Malta dagegen nur 70.000. Damit hat eine Stimme aus Malta bei der Europawahl einen viel höheren Erfolgswert als eine aus Deutschland. Wir wollen, dass überall in Europa Wahlgleichheit gilt und eine Stimme zur Europawahl überall gleich viel wert ist („one man, one vote“).

Das Europäische Parlament soll künftig nur noch einen Standort haben statt bisher zwei.

Es tagt derzeit in Brüssel und in Straßburg. Wir wollen, dass einer der beiden Standorte geschlossen wird. Das spart Kosten und Zeit.

Wir wollen, dass die Menschen ihre Europa-Abgeordneten direkt wählen können.

Dafür wollen wir ähnlich wie bei der Bundes- und Landtagswahl die Direktwahl von Abgeordneten in Wahlkreisen einführen.

Wir wollen, dass die Überregulierung durch die EU-Kommission eingedämmt wird.

Die Brüsseler Regulierungswut ist auch das Ergebnis unkontrollierter Behörden-Apparate ohne Rückbindung an Parlament und politische Verantwortung. Künftig soll deshalb die EU-Kommission neue Regulierungen nur noch auf Anweisung durch das Europäische Parlament oder den Rat vornehmen können. Wir wollen die „delegierten Rechtsakte“ abschaffen: Künftig soll die Kommission keine Vorschriften mehr ohne die Zustimmung von Rat und Parlament erlassen können.

Wir wollen, dass die Zahl der EU-Kommissare halbiert wird.

28 EU-Kommissare sind zu viel. Eine verkleinerte Kommission spart unnötige Kosten und verhindert überflüssige Bürokratie.

Wir wollen ein Ende des Initiativmonopols der EU-Kommission.

Künftig sollen europäische Vorschriften auch vom Rat und vom Europäischen Parlament eingebracht werden. Mit solchen Initiativen kann mehr auf die Belange der Staaten und Regionen Rücksicht genommen werden als durch die Kommission.

Europas Behörden brauchen eine Schlankheitskur.

Wir wollen die EU-Behörden verkleinern. Die Aufblähung der EU-Apparate soll durch einen Stellenstopp gebremst werden. Vor allem die vielen über ganz Europa verstreuten EU-Agenturen müssen auf den Prüfstand: Was nicht unbedingt gebraucht wird, wird aufgelöst oder in die Zuständigkeit der EU-Kommission überführt.

Europa muss unbürokratischer werden.

Die erstickende Flut von Bürokratie aus Brüssel hemmt die Aktivität der Menschen und Unternehmen und sie beschädigt die Akzeptanz der Europäischen Union. Wir wollen die Umsetzung der Empfehlungen der „Stoiber-Kommission“ zum Bürokratieabbau, einen obligatorischen Bürokratiecheck aller neuen Rechtsakte und die Überprüfung aller bestehenden Regelungen auf eine weniger bürokratische Alternative hin.

Die Kompetenzen der EU müssen auf ihre ursprüngliche Funktion zurückgeführt werden.

Der Schutz der Grundfreiheiten wie etwa des Binnenmarktes oder der Freizügigkeit sind wichtig. Häufig werden sie aber von der EU-Kommission als Vorwand für weitreichende Regulierungen missbraucht, die mit dem eigentlichen Regelungszweck nichts mehr zu tun haben. Das muss abgestellt werden. Künftig soll die EU-Kommission nur noch tätig werden, wenn es um den Kernbestand der Grundfreiheiten geht.

Wir wollen einen Kompetenzgerichtshof einrichten, damit die EU ihre Kompetenzen nicht überschreitet.

Der neue Gerichtshof soll besetzt werden mit Richtern aus den nationalen Verfassungsgerichten. Er soll vor allem über die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips wachen, damit Brüssel nur dort tätig wird, wo eine nationale Regelung nicht ausreicht.

Europa soll mit weniger Geld auskommen.

Es ist gut, dass eine Budgetreduzierung für die EU erreicht werden konnte. Diese Reduzierung sollte verstetigt werden. Sparsamkeit und Haushaltsdisziplin müssen die Finanzpläne der EU bestimmen. Viele europäische Staaten müssen hart sparen und ihre Haushalte sanieren, da sollte Brüssel mit gutem Beispiel vorangehen.

Wir erteilen einer EU-Steuer eine klare Absage.

Europa braucht keine eigenen Steuern. Brüssel soll auch in Zukunft mit den Geldern auskommen, die die Mitgliedstaaten der EU für die europäischen Zwecke zur Verfügung stellen.

Wir wollen, dass es im EU-Haushalt keine Mehrbelastung für Deutschland gibt.

Deutschland trägt als Nettozahler genügend zur Finanzierung der EU bei. Stattdessen muss der sogenannte „Britten-Rabatt“ endlich beendet werden. Es ist nicht länger tragbar, dass Großbritannien weniger zur Finanzierung der EU beisteuert als es eigentlich müsste.

3.

FÜR EIN EUROPA DER REGIONEN

Wir wollen ein Europa, das die Länder und Regionen respektiert.

Nationen und Regionen gehören zur Identität Europas. Sie müssen auch in einem Europa der Zukunft ihren festen Platz haben.

Wir wollen so viel Europa wie nötig und so viel Bayern wie möglich.

Europa soll nur da tätig werden, wo es wirklich gebraucht wird. Europa soll sich nicht in Belange einmischen, die Mitgliedstaaten, Länder und Kommunen selbst regeln können. Glühbirnen, Duschköpfe, Toilettenspülungen, Staubsauger, Tachographen oder Olivenölkännchen kommen auch ohne EU-Vorgaben aus.

Wir wollen keinen Zentralstaat Europa.

Die Europäische Einigung soll zu den bestehenden Staaten und Regionen hinzukommen, aber sie darf nicht an deren Stelle treten. Auch in einem geeinten Europa muss es weiterhin die Bundesrepublik Deutschland und den Freistaat Bayern geben. Eine Abschaffung des deutschen Grundgesetzes oder der Bayerischen Verfassung darf es nicht geben.

Europa darf den Kern der Staatlichkeit seiner Mitgliedstaaten nicht antasten.

Es darf nicht zu einer schleichenden Aushöhlung der staatlichen Souveränität zugunsten der EU kommen. Deshalb soll es in den staatlichen Kernbereichen der Haushaltspolitik, der Steuerpolitik, der Bildungspolitik, der Sozialpolitik und der Wirtschaftspolitik keine weiteren Kompetenzübertragungen an Brüssel geben.

Wir wollen einen Zuständigkeitsstopp für die EU.

In der kommenden Legislaturperiode soll es grundsätzlich keine neuen Kompetenzübertragungen an Brüssel geben. Europas weitreichende Zuständigkeiten müssen nicht noch weiter aufgebläht werden. Eine Ausnahme kann gemacht werden für mehr Kontrollen in stark verschuldeten Eurostaaten zur Einhaltung der Stabilitätskriterien.

Europa soll Kompetenzen an die Mitgliedstaaten zurückgeben.

Wir wollen, dass alle Bereiche danach durchforstet werden, welche Kompetenzen von Brüssel an die Mitgliedstaaten oder Regionen zurückgegeben werden können. Es darf nicht länger eine Einbahnstraße der Kompetenzübertragungen von den Staaten an die EU geben. Sondern Brüssel muss auch auf Macht und Zuständigkeiten verzichten können.

Brüssel muss kommunale Selbstverwaltung achten.

Ein zentralistischer Durchgriff europäischer Apparate auf Bayern und unsere Kommunen ist mit unserem föderalen und freiheitlichen Selbstverständnis nicht vereinbar. Die Daseinsvorsorge muss auch weiterhin in der Hand der Kommunen bleiben. Alles, was die Menschen vor Ort angeht – vom Nahverkehr bis zum Trinkwasser – soll vor europäischen Eingriffen geschützt werden.

Wir wollen mehr Kontrollrechte für die nationalen Parlamente.

Bei wichtigen europäischen Vorhaben sollen auch die nationalen Parlamente gefragt werden. Vor allem europäische Regulierungen, die viel Bürokratie auslösen, sollen durch die nationalen Parlamente verhindert werden können.

Wir wollen den Ausschuss der Regionen stärken.

Diese Vertretung der Regionen auf europäischer Ebene ist auf bayerische Initiative hin geschaffen worden. Wir wollen, dass die starken und aktiven Regionen in diesem Gremium mehr Gewicht erhalten und streben eine Aufstockung der bayerischen Mandate an. Der Ausschuss der Regionen soll künftig dagegen einschreiten können, wenn EU-Organen gegen das Subsidiaritätsprinzip verstoßen.

Wir wollen eine unbürokratische Regionalförderung.

Wir setzen uns weiter für eine wirksame Begrenzung des Fördergefälles an den Grenzen zu unseren Nachbarstaaten ein.

4.

FÜR EIN EUROPA DER STÄRKE

Wir wollen ein Europa, das wirtschaftliche Stärke befördert und Arbeitsplätze schützt.

Eine prosperierende Wirtschaft und sichere Arbeitsplätze sind die Grundlage für Wohlstand, Zukunftskraft und soziale Sicherheit in unserer Gesellschaft. Dieses Ziel muss Europa wieder stärker in den Fokus rücken. Jede neue europäische Regelung muss daraufhin geprüft werden, ob sie dem wirtschaftlichen Aufschwung dient und Beschäftigung schafft oder ob sie die Wirtschaftskraft hemmt und Arbeitsplätze gefährdet.

Die Staaten in Europa müssen mehr für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit tun.

Die Arbeitslosigkeit von jungen Menschen liegt in der EU über 20 Prozent, in manchen Ländern sogar über 50 Prozent. Das darf nicht so bleiben, junge Menschen brauchen in ganz Europa eine berufliche Perspektive. Deutschland und Bayern zeigen, dass es auch anders geht: Bundesweit liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei 5,6 Prozent, in Bayern sogar nur bei 2,7 Prozent.

Wir wollen, dass Europa Zukunftstechnologien gemeinsam voranbringt.

Der Airbus und die Europarakete Ariane haben gezeigt, dass Europa bei wichtigen Schlüsselindustrien Weltklasse sein kann, wenn es zusammenhält. Heute im digitalen Zeitalter brauchen wir neue, zukunftsweisende Projekte, damit

wir Europas Kräfte bündeln und internationale Spitzenleistungen bei uns produzieren. Das europäische Satellitensystem Galileo macht uns unabhängig in der Satelliten-Kommunikation. Unsere nächsten Anstrengungen müssen europäische Projekte der Informationstechnologie und der IT-Infrastruktur sein, die uns unabhängig machen und auf Augenhöhe zu den Anbietern in USA und Asien bringen.

Wir brauchen einen effektiven Datenschutz in Europa.

Er muss die informationelle Selbstbestimmung der Menschen genauso schützen wie Unternehmen vor Industriespionage. Europa ist zum Schutz unserer Daten, unserer Ideen, unserer Patente besonders gefordert. Kein Staat allein kann seinen Bürgern diese Schutzfunktion in der heutigen Welt noch garantieren. Der Datensammelwut, dem intransparenten Handel und dem profitgierigen Nutzen von Daten wollen wir Einhalt gebieten. Europa braucht eigene Fähigkeiten zum Schutz von IT-Infrastrukturen vor Kriminalität und Terrorismus, aber auch vor Ausspähung durch andere Staaten. Dafür muss in Europa eine eigene Sicherheitsindustrie aufgebaut werden.

Europa soll sein großes Potenzial an Fachkräften noch stärker nutzen.

Deutschland profitiert als innovatives Industrieland von gut qualifizierten Fachkräften. Ein erleichterter Austausch von Fachkräften und eine vereinfachte Anerkennung von Abschlüssen innerhalb der EU kommt allen in Europa zugute. Die duale Ausbildung in Deutschland ist ein Erfolgsmodell, an dem sich Europa orientieren soll. Wir wollen,

dass der Meisterbrief und die Rechtsstellung des Meisters erhalten bleiben. Der Meister steht für Qualität und Qualifikation. Wir wollen seine europaweite Anerkennung auf hohem Niveau.

Deutsche Erzeugnisse sollen weiter „Made in Germany“ heißen.

Wir lehnen die Pläne der EU-Kommission ab, das bewährte Gütesiegel künftig nicht mehr für alle deutschen Waren zuzulassen.

Wir wollen die PKW-Maut für Reisende aus dem Ausland.

Fast alle unsere Nachbarländer in Europa erheben eine PKW-Maut als Nutzungsgebühr. Umgekehrt müssen ausländische Autofahrer für die Benutzung unserer Bundesautobahnen nichts bezahlen. Diesen unfairen und ungerechten Zustand wollen wir ändern. Künftig sollen Reisende aus dem Ausland eine PKW-Maut auf deutschen Bundesautobahnen bezahlen. Damit schließen wir eine Gerechtigkeitslücke bei der Finanzierung unserer Straßen. Fahrzeughalter in Deutschland zahlen bereits genügend für unsere Verkehrsinfrastruktur und werden deshalb durch die Maut nicht zusätzlich belastet.

Brüssel muss mehr Rücksicht auf die deutschen Arbeitsplätze nehmen.

Deutschland ist die unbestrittene Wachstumslokomotive in Europa, vom deutschen Wachstum profitiert der gesamte europäische Raum. Wir erwarten von Brüssel, dass es die deutsche Wirtschaft und Industrie fördert und nicht hemmt. Wir widersetzen uns entschieden, wenn aus Brüssel Wettbewerbsnachteile für deutsche Unternehmen kommen – seien es überzogene CO₂-Vorgaben für die deutsche Automobilindustrie, sei es das Verbot erleichterter Strompreise für energieintensive Betriebe. Beides hätte viele tausend Arbeitsplätze in ganz Deutschland gekostet.

Deutschland darf nicht an den Pranger gestellt werden für seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

Deutschlands Wirtschaft ist eine der wettbewerbsfähigsten und innovativsten der Welt, die global bestehen muss. Die Antwort kann nicht sein, Deutschland dafür zu kritisieren und zu bremsen. Sondern die Antwort muss sein, dass unsere europäischen Nachbarländer sich anstrengen und selber wettbewerbsfähiger werden. Auch in Europa gilt: Man hilft den Schwachen nicht, indem man die Starken schwächt.

Europa soll sich noch intensiver dem Ausbau der Handelsbeziehungen mit Drittstaaten widmen.

Dabei muss die Vertretung der europäischen Interessen im Fokus stehen. Der Schutz geistigen Eigentums, die Sicherheit unserer Rohstoffversorgung, die Einhaltung internationaler Standards bei der Güterproduktion oder die Vermittlung der Grundsätze sozialer Marktwirtschaft sind in unserem Interesse und sollen die Handelspolitik der EU bestimmen.

Wir sind für Transparenz und Dialog bei einem Freihandelsabkommen der EU mit den USA.

Damit entsteht ein neues Schwergewicht in der Weltwirtschaft und ein neuer Impulsgeber für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand. Das Exportland Bayern wird davon besonders profitieren. Wir wollen Verhandlungen auf Augenhöhe, mit beiderseitigem Respekt und in größtmöglicher Transparenz. Der offene Dialog über den Verhandlungsverlauf durch die EU muss deutlich intensiver werden. Wir sind für mehr Information der Bevölkerung und für mehr Beteiligung der nationalen Parlamente.

Aber klar ist: Unsere hohen europäischen Schutzniveaus sind nicht verhandelbar!

Im Umweltschutz, im Verbraucherschutz, bei der Lebensmittelsicherheit, im Tierschutz, im Gesundheitsschutz, im Datenschutz, im Arbeitnehmerschutz, bei unseren Qualitätsstandards darf es keine Absenkung unserer bewährten und hohen Schutzstandards durch das Freihandelsabkommen geben. Eine Lockerung unserer strikten Regeln etwa gegen Gentechnik oder gegen Hormonfleisch kommt nicht in Frage. Die kommunale Daseinsvorsorge muss auch im Freihandelsabkommen geschützt bleiben. Unser bayerisches Trinkwasser ist kein Fall für Brüssel und erst recht kein Fall für Amerika. Unsere nationale Gesetzgebung soll nicht durch internationale Schiedsgerichte ausgehebelt werden.

Wir wollen, dass die bäuerliche Landwirtschaft Zukunft hat.

Die Agrarbeihilfen der EU sollen beibehalten und noch mehr den bäuerlichen Familienbetrieben zugutekommen. Wir haben erfolgreich die Agrarreform praxisnah gestaltet und weitergehende Überregulierungen eingedämmt. Erstmals werden durch den Einsatz der CSU kleinere landwirtschaftliche Betriebe besser gefördert. Die Pläne anderer Parteien zur Abschaffung der Agrarbeihilfen lehnen wir entschieden ab.

Wir wollen, dass unsere Heimat beim gentechnikfreien Anbau bleibt.

Was auf unseren Feldern und Äckern wächst, wollen wir in Bayern selbst bestimmen. Wir wollen, dass Bayern über den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen selbst entscheiden kann.

5.

FÜR EIN EUROPA DER STABILITÄT

Wir wollen, dass Europa seinen Weg in Richtung Stabilitätsunion entschlossen fortsetzt.

Die CSU hat frühzeitig und mit aller Schärfe formuliert, dass Europa keine Schuldenunion werden darf, sondern eine Stabilitätsunion sein muss. Seither hat es merkliche Fortschritte im Kampf gegen die Überschuldung in Europa gegeben. Da darf es aber jetzt kein Nachlassen geben. Wir drängen weiter mit unvermindertem Nachdruck auf die Sanierung maroder Staatshaushalte in den Schuldenstaaten.

Alle Euro-Staaten müssen die verschärften Stabilitätskriterien dauerhaft einhalten.

Nur dann bleibt der Euro dauerhaft stabil, wenn jedes Mitglied der Eurozone Haushaltsdisziplin zeigt und Verschuldung abbaut. Die SPD hat im Europäischen Parlament gegen schärfere Stabilitätsregeln und gegen mehr Sanktionen für Haushaltssünder gestimmt. Damit hat die SPD gezeigt, dass sie nicht die Interessen der Stabilität und damit nicht die Interessen der deutschen Steuerzahler vertritt.

Wir lehnen Eurobonds und Schuldenvergemeinschaftung kompromisslos ab.

Jeder ist für seine Schulden selbst verantwortlich. Auch ein gemeinsamer Tilgungsfonds in Europa, wie ihn SPD und Grüne vorschlagen, ist eine Schuldengemeinschaft durch die Hintertür und trifft auf unser entschiedenes Nein.

Es bleibt dabei: Keine Hilfe an Schuldenstaaten ohne Reformen als Gegenleistung.

Krisenstaaten dürfen auch künftig nur Hilfen bekommen, wenn sie im Gegenzug Reformen durchführen und ihre Verschuldung bekämpfen. Wenn ein Staat den Auflagen nicht nachkommt, müssen die Hilfen entsprechend gekürzt oder ganz gestrichen werden.

Wer die Stabilitätskriterien dauerhaft nicht erfüllt, soll die Eurozone verlassen können.

Für überschuldete Staaten soll eine geordnete Staateninsolvenz möglich sein. Dazu soll auch die Möglichkeit gehören, die Eurozone vorübergehend zu verlassen und wieder eine eigene Währung einzuführen. Dieser Prozess soll durch gezielte Wirtschaftshilfe und die Möglichkeit zum Wiedereintritt in die Eurozone begleitet werden.

Die Europäische Zentralbank soll ihre Ankaufprogramme für Staatsanleihen von Krisenstaaten unverzüglich einstellen.

Die EZB muss sich künftig wieder allein dem Ziel der Geldwertstabilität verschreiben. Eine Finanzierung von Krisenstaaten über die Notenpresse lehnen wir entschieden ab.

Die Europäische Zentralbank soll mehr auf Deutschland hören.

Deutschland hält 27,5 Prozent der Anteile an der EZB. Wir wollen, dass Deutschland in Grundsatzfragen ein Vetorecht im EZB-Rat bekommt und die Bundesbank einen ständigen Sitz.

Deutsche Banken und deutsche Sparer dürfen nicht zur Haftung für andere europäische Banken herangezogen werden.

Deshalb lehnen wir einen europäischen Einlagen-sicherungsfonds ab. Jedes Land muss selber für die Sicherheit seiner Spareinlagen sorgen. Für die Rettung notleidender Banken ist ebenfalls das jeweilige Land zuständig.



6.

FÜR EIN EUROPA DER VIELFALT UND DER WERTE

Wir wollen ein Europa, das sich zu seinen christlichen Werten bekennt.

Europas geistige Fundamente sind die christlich-abendländische Kultur und der Humanismus. Staaten, die diese Werte nicht teilen, dürfen nicht Mitglied der Europäischen Union werden.

Wir wollen ein Europa des religiösen Respekts und der Religionsfreiheit.

Christen sind die weltweit am meisten verfolgte Religionsgruppe. Europa muss sich für ein Ende der Christenverfolgung weltweit einsetzen.

Europa muss Ehrfurcht vor dem Leben zeigen.

Wir sehen mit Sorge, dass in europäischen Nachbarländern Euthanasie und aktive Sterbehilfe legalisiert werden. Das kann nicht der Weg Europas sein. Europa muss sich zum Lebensschutz von alten, kranken, ungeborenen und behinderten Menschen bekennen. Das christliche Menschenbild gebietet den Schutz des ganzen Lebens vom Anfang bis zum Ende.

Wir sind für ein Klon-Verbot.

Wir fordern, das Klonen von Tieren für landwirtschaftliche Zwecke, das Inverkehrbringen von Klontieren und Klonembryonen sowie Lebensmittel von Klontieren in der EU zu verbieten.



Wir wollen, dass Europa seine kulturelle und sprachliche Vielfalt achtet.

Unser Kontinent zeichnet sich seit jeher durch eine mannigfaltige Fülle von Völkern, Kulturen und Sprachen aus. Das ist Europas Stärke, Europas Besonderheit und Europas Kreativität. Diese Vielfalt Europas darf durch die Europäische Einigung nicht zugedeckt werden. Darauf achten wir Bayern mit besonderem Augenmerk.

Wir wollen, dass in den EU-Institutionen mehr deutsch gesprochen wird.

Deutsch ist die meistgesprochene Muttersprache in Europa, jeder dritte EU-Bürger kann deutsch zumindest als Fremdsprache. Trotzdem wird in den EU-Behörden viel weniger deutsch gesprochen und geschrieben als englisch oder französisch. Viele wichtige EU-Dokumente werden zudem nicht in deutscher Übersetzung vorgelegt. Das muss sich ändern. Deutsch muss endlich gleichberechtigte Arbeitssprache in Europa werden. Die Benachteiligung der deutschen Sprache in den EU-Institutionen muss beendet werden.

EUROPAPLAN

DER CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

2014 – 2019

Kernpunkte

Europa muss seine historische Mission für Frieden und Freiheit auf unserem Kontinent erfüllen.

Wir wollen ein Europa, das sich auf die großen europäischen Herausforderungen konzentriert, zugleich mehr die Länder und Regionen respektiert.

Wir wollen ein Europa, das wirtschaftliche Stärke befördert, Arbeitsplätze schützt und Zukunftstechnologien gemeinsam voranbringt.

Alles, was die Menschen vor Ort angeht – vom Nahverkehr bis zum Trinkwasser – soll vor europäischen Eingriffen geschützt werden.

Wir wollen, dass Bayern über den Anbau von Genpflanzen selbst entscheiden kann, damit unsere Heimat gentechnikfrei bleibt.

Wir wollen, dass die Zahl der EU-Kommissare halbiert und die Überregulierung durch die Europäische Kommission eingedämmt wird.

Wir wollen die Arbeitnehmer-Freizügigkeit in Europa, aber der offensichtliche Missbrauch unserer Sozialsysteme muss abgestellt werden.

Jedes Mitglied der Eurozone muss dauerhaft die Stabilitätskriterien erfüllen – andernfalls soll dieses Land die Möglichkeit haben, die Eurozone zu verlassen.

Wir wollen Volksabstimmungen in Deutschland über wichtige europäische Entscheidungen.

Wir wollen ein Europa, das sich zu seinen christlichen Werten und zu seiner kulturellen sowie sprachlichen Vielfalt bekennt.

Wir wollen, dass in den EU-Institutionen mehr deutsch gesprochen wird.

Die Europäische Union soll in der kommenden Legislaturperiode keine neuen Mitgliedstaaten aufnehmen. Wir sind gegen die Vollmitgliedschaft der Türkei.



CSU-Landesleitung
Franz Josef Strauß-Haus
Nymphenburger Straße 64
80335 München

Verantwortlich:

Andreas Scheuer, MdB
Der Generalsekretär

